自由中国运动 · Free China Movement

T007 | Erlaubt das kollektive Interesse die dauerhafte Abschaffung individueller Rechte?

Myths T007 · v1.0 | 2026-11-22

© 2026 Free China Movement

https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/myths-t007-collective-interest-personal-rights-de/

contact@freechina.live

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Die Frage

Jede Gesellschaft schränkt im Namen des Gemeinwohls manches individuelle Verhalten ein. Verkehrsregeln, Quarantänen, Steuern und Wehrpflicht tun dies, und kaum jemand nennt eine Geschwindigkeitsbegrenzung autoritär. Die Frage hier ist enger und schwieriger: Darf „das kollektive Interesse" die *dauerhafte Abschaffung* eines individuellen Rechts rechtfertigen — nicht die zeitweilige, örtliche oder aus einem genannten Grund erfolgende Begrenzung seiner Ausübung, sondern die Beseitigung des Rechts selbst, ohne Verfallsdatum und ohne Rechtsbehelf? Die hier verteidigte Antwort lautet: Nein. Zeitweilige, rechtmäßige, verhältnismäßige Begrenzungen können legitim sein. Eine dauerhafte Abschaffung ist ein anderer Akt, und sie braucht eine andere und wesentlich schwerwiegendere Rechtfertigung — eine, die das Argument des kollektiven Interesses, wie es gewöhnlich vorgebracht wird, nicht liefert.

Das Gegenargument, fair dargestellt

Die stärkste Fassung des Arguments für das kollektive Interesse verläuft wie folgt. Rechte existieren nicht im luftleeren Raum; sie existieren innerhalb einer Gesellschaft, die zuerst überleben muss. Ein Volk, das sich nicht ernähren, seine Grenzen nicht verteidigen oder die Ordnung nicht aufrechterhalten kann, kann überhaupt keine Rechte genießen, sodass die Rechte des Kollektivs — nationales Überleben, Subsistenz, Entwicklung — an erster Stelle stehen müssen und individuelle Rechte zurücktreten müssen, wenn beide in Konflikt geraten. Dies ist keine Randbehauptung. Es ist die offizielle Position, die in Chinas erstem Menschenrechts-Weißbuch von 1991 dargelegt wird, das dieser Aufsatz als seinen Ankertext nimmt. Das Vorwort des Weißbuchs stellt fest, dass die Rechte, die chinesische Bürger genießen, einen weiten Bereich abdecken, und fügt hinzu: „Der Staat achtet in vollem Maße darauf, sowohl individuelle als auch kollektive Rechte zu schützen." Sein erstes Kapitel formuliert den Punkt noch schärfer: „Es ist eine einfache

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Wahrheit, dass für jedes Land oder jede Nation das Recht auf Subsistenz das wichtigste aller Menschenrechte ist, ohne das die anderen Rechte außer Frage stehen." Und sein Schlusskapitel erklärt, dass die Rechte, die China vertritt, „nicht nur das Recht auf Subsistenz sowie die bürgerlichen und politischen Rechte umfassen, sondern auch wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte", und fügt hinzu, dass die Regierung „gebührende Aufmerksamkeit auf den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Landes, der verschiedenen Nationalitäten und der einzelnen Bürger auf wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Entwicklung richtet".

Drei Punkte in diesem Argument verdienen Respekt. Erstens ist die faktische Prämisse oft wahr: Eine hungernde oder vom Krieg zerrissene Gesellschaft kann keine Gerichte, Wahlen oder eine freie Presse aufrechterhalten, und eine Regierung, die die Subsistenz zugunsten formaler Freiheiten ignoriert, wird ihre Legitimität verlieren. Zweitens leugnet das Argument individuelle Rechte im Grundsatz nicht; es behauptet, sie zu ordnen, indem es die materiellen Lebensbedingungen an erste Stelle setzt. Drittens sind kollektive Güter echte Güter: öffentliche Gesundheit, Landesverteidigung und soziale Stabilität nützen auch den Einzelnen, einschließlich genau der Menschen, deren Rechte gerade eingeschränkt werden. Eine ernsthafte Widerlegung darf nicht so tun, als sei jede Beschränkung Unterdrückung. Eine Quarantäne, die endet, eine Steuer, die debattiert und beschlossen wird, und eine Geschwindigkeitsbegrenzung, die für alle gilt, sind Ausübungen kollektiver Autorität, die eine freie Gesellschaft akzeptieren kann.

Warum das Argument bei der „dauerhaften Abschaffung" scheitert

Die Widerlegung dreht sich um eine Unterscheidung, zu der das Weißbuch selbst einlädt: zwischen dem gemeinsamen Schutz individueller *und* kollektiver Rechte einerseits und der grenzenlosen

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Unterordnung der ersteren unter die letzteren andererseits. Das Vorwort sagt, der Staat schütze „sowohl individuelle als auch kollektive Rechte" — beide, nicht das eine auf Kosten des anderen. Die Frage ist daher nicht, ob kollektive Interessen zählen — das tun sie —, sondern welche konkreten Regeln einen Konflikt regeln, wenn er entsteht. Vier Prüfungen trennen eine legitime Beschränkung von einer dauerhaften Abschaffung.

Erstens, die Zeit. Eine Beschränkung, die zeitweilig ist, kann an ihren Ergebnissen gemessen und zurückgenommen werden, wenn die Gefahr vorüber ist. Eine dauerhafte Abschaffung kann das nicht. Die eigene Logik des Weißbuchs ist historisch: Subsistenz war das „wichtigste" Recht für ein China, das aus Krieg und Hungersnot hervorging — eine Behauptung, die an bestimmte Bedingungen in einer bestimmten Zeit gebunden ist. Aber eine Priorität, die 1991 oder 1949 sinnvoll war, bleibt nicht automatisch für immer gültig. Wenn „Subsistenz zuerst" als eine stehende Ermächtigung behandelt wird, bürgerliche und politische Rechte auf unbestimmte Zeit zu verschieben, dann ist ein Argument der Reihenfolge leise zu einem Argument der Hierarchie geworden — und die Beweislast verschiebt sich. Die Regierung muss dann nicht zeigen, dass ein Recht heute unbequem ist, sondern dass es niemals sicher ausgeübt werden kann. Das ist eine weitaus stärkere Behauptung, und sie wird selten begründet; sie wird gewöhnlich vorausgesetzt.

Zweitens, das Recht. Eine legitime Beschränkung wird durch ein öffentliches Gesetz ermächtigt, das ihren Anwendungsbereich, ihren Entscheidungsträger und ihre Grenzen nennt. Das Weißbuch selbst beruft sich auf das Recht: Es stellt fest, dass die Verfassung vorsieht, dass alle Macht dem Volk gehört, und es präsentiert Chinas Menschenrechte als garantiert „in Bezug auf System, Gesetze und materielle Mittel". Aber eine Abschaffung, die im Namen des „kollektiven Interesses" verkündet wird, ohne rechtliches Verfahren, ohne veröffentlichte Kriterien und ohne Verfallsdatum, ist keine Anwendung des Rechts; sie ist eine

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Entscheidung, die das Recht nicht erreicht. Die Prüfung ist einfach: Kann die betroffene Person die Regel finden, lesen, was sie verbietet, und wissen, wann sie endet? Wenn nicht, ist die Beschränkung überhaupt keine Regel.

Drittens, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit. Selbst eine rechtmäßige Beschränkung muss erforderlich sein — kein weniger einschränkendes Mittel würde das Ziel erreichen — und im Verhältnis zur Gefahr stehen. Eine einzelne gewalttätige Marschroute zu verbieten, ist eine Sache; alle öffentlichen Versammlungen dauerhaft zu verbieten, weil Versammlungen eines Tages einmal unordentlich werden könnten, ist eine andere. Dieselbe Überlegung gilt allgemein für die Behauptung des kollektiven Interesses: Die Tatsache, dass irgendeine Beschränkung der Stabilität dient, zeigt nicht, dass *diese* Beschränkung, in *dieser* Breite, für *diese* Dauer erforderlich ist. Eine Regierung, die ihre Arbeit nicht zeigen kann — die konkrete Gefahr, die Beweise, die erwogenen Alternativen — hat die Maßnahme nicht gerechtfertigt; sie hat nur einen Wert benannt.

Viertens, Überprüfung und Rechtsbehelf. Eine Beschränkung, die vor einer unabhängigen Stelle angefochten werden kann und bei einem Irrtum entschädigt wird, hält den Staat in Bezug auf seine eigenen Behauptungen ehrlich. Eine dauerhafte Abschaffung beseitigt genau diese Rückmeldung: Die am stärksten Betroffenen verlieren die Rede-, Vereinigungs- und Rechtsstellung, die sie bräuchten, um zu zeigen, dass die Abschaffung ein Fehler war. Dies ist der tiefste Fehler im Argument des „kollektiven Interesses" als Blankoscheck. Es benutzt die Sprache des Ganzen — der Nation, des Volkes, des Kollektivs —, um die Teile zum Schweigen zu bringen, und verweist dann auf das daraus resultierende Schweigen als Zustimmung. Ein kollektives Interesse, das nur von den Machthabern definiert und niemals von denen geprüft werden kann, die es belastet, ist kein kollektives Interesse; es ist eine offizielle Präferenz, die einen großartigeren Namen trägt.

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Was die Quelle tatsächlich stützt — und was nicht

Sorgfältig gelesen, stützt das Weißbuch von 1991 eine wesentlich engere Schlussfolgerung, als seine Verteidiger manchmal behaupten. Es stützt die These, dass Subsistenz und Entwicklung echte Menschenrechte sind, dass sie Vorrang verdienen, wenn Menschen hungern, und dass individuelle und kollektive Rechte gemeinsam geschützt werden sollten. Es stellt nicht fest, dass individuelle Rechte dauerhaft abgeschafft werden dürfen. Es legt kein Verfahren für eine solche Abschaffung, keine Frist und keinen Rechtsbehelf dar. Sein Vorwort befürwortet auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und stellt fest: „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bekräftigt, dass jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person hat." Ein Dokument, das seinen Fall auf die Allgemeine Erklärung gründet, kann nicht konsistent so gelesen werden, als ermächtige es die dauerhafte Beseitigung der Freiheiten, die diese Erklärung schützt.

Das Völkerrecht zieht dieselbe Grenze in einem anderen Vokabular. Selbst bei einem förmlich verkündeten öffentlichen Notstand erlaubt das Vertragsrecht nur eine zeitweilige Derogation von bestimmten Rechten unter strengen Bedingungen, während es einen Kern nicht derogierbarer Rechte schützt. Die gewöhnlichen Schrankenklauseln, die an die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit geknüpft sind, verlangen, dass Beschränkungen gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft erforderlich sind — eine Prüfung, die eine dauerhafte, unüberprüfbare Abschaffung definitionsgemäß nicht besteht. Auch Chinas eigene Vertragsposition ist hier von Bedeutung: China unterzeichnete den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte am 5. Oktober 1998 und hat ihn nicht ratifiziert, während es den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 27. März 2001 ratifizierte. Die Unterscheidung zwischen den beiden Pakten ist real, aber weder der eine noch der andere Pakt — noch das Weißbuch von 1991 — liefert eine Regel, nach der eine Kategorie von Rechten eine andere dauerhaft auslöschen dürfte.

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Ein praktischer Test für jede künftige Behauptung

Wenn eine Regierung, ein Kommentator oder ein offizielles Dokument das kollektive Interesse das nächste Mal anruft, um ein Recht zu beschneiden, entscheiden sechs Fragen, ob die Behauptung eine Regel oder ein Slogan ist. Welches öffentliche Gesetz ermächtigt sie? Welcher konkreten Gefahr begegnet sie, mit welchen Beweisen? Gibt es eine weniger einschränkende Alternative? Wie lange dauert sie, und was löst ihr Ende aus? Können die Betroffenen sie vor einer unabhängigen Stelle anfechten? Und wer trägt die Kosten — fällt die Last gleichmäßig, oder auf die Menschen, die am wenigsten in der Lage sind, Einwände zu erheben? Eine Beschränkung, die alle sechs Fragen beantworten kann, mag legitim sein, auch wenn sie schmerzhaft ist. Eine dauerhafte Abschaffung wird typischerweise bei den meisten von ihnen scheitern, und das Scheitern ist der Punkt: Dauerhaftigkeit, Vagheit und Unüberprüfbarkeit sind keine zufälligen Merkmale solcher Maßnahmen. Sie sind es, die die Maßnahmen als Instrumente der Kontrolle wirksam machen.

Schlussfolgerung

Das kollektive Interesse ist ein echter Grund, Rechte manchmal zu beschränken. Es ist kein Grund, sie dauerhaft abzuschaffen. Der Unterschied liegt in den konkreten Regeln: Fristen, Rechtsgrundlage, Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Überprüfung. Das Weißbuch von 1991 hat recht, dass Subsistenz wichtig ist und dass individuelle und kollektive Rechte beide geschützt werden müssen. Sein eigener Text sagt „beide" — und eine Doktrin, die für immer nur die kollektive Hälfte schützt, hat die Balance aufgegeben, die das Dokument selbst verkündet hat. Nicht jede öffentliche Beschränkung ist Autoritarismus. Aber eine Beschränkung ohne Ende, ohne Gesetz, ohne Beweise und ohne Rechtsmittel ist überhaupt keine Beschränkung. Sie ist eine Abschaffung, und keine Berufung auf das kollektive Interesse macht sie legitim.

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Verwandte CCE123-Artikel (Link-back — zitiert, nicht dupliziert)

- CCE-011, „Do the Rights to Subsistence and Development Take Priority over Civil and Political Rights?" — die drei Bedeutungen von „Priorität" (haushaltsmäßige Reihenfolge, zeitliche Abfolge, dauerhafte rechtliche Hierarchie) und Chinas Vertragsstatus bei ICCPR/ICESCR: https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/en-cce-011-subsistence-development-rights-vs-civil-political-rights/
- CCE-022, „Where Are the Limits on Restricting Citizens' Rights in the Name of Public Safety?" — die Prüfungen der Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Dauer und des Rechtsbehelfs für jede Beschränkung: https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/en-cce-022-where-are-the-limits-on-restricting-citizens-rights-in-the-name-of-public-safety/
- CCE-027, „Who Defines the National Interest? How Can This Concept Be Prevented from Being Abused?" — der Vier-Schritte-Test (wer schlägt vor, wer berät, wer trägt die Kosten, wer überprüft) für Behauptungen des nationalen Interesses: https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/en-cce-027-who-defines-the-national-interest-how-can-this-concept-be-prevented-from-being-abused/
- CCE-013, „Can the Principle of State Sovereignty Justify Violations of Human Rights?" — Souveränität und Menschenrechtsverpflichtungen als nebeneinander bestehend, wobei Streitigkeiten durch Verträge, Zuständigkeit und überprüfbare Fakten beigelegt werden: https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/en-cce-013-can-the-principle-of-state-sovereignty-justify-violations-of-human-rights/

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live

Quellen

1. Information Office of the State Council, *Human Rights in China* (Weißbuch, 1. November 1991), Vorwort, Kapitel I, Kapitel X. Offizieller englischer Text, wiedergegeben unter http://lt.china-office.gov.cn/eng/zt/zfbps/200405/t20040530_2910764.htm (verifiziert 2026-11-20/21; alle Zitate in diesem Aufsatz wortwörtlich anhand dieses Textes geprüft).
2. CCE-011, CCE-013, CCE-022, CCE-027 (FreeChina.live, Civic Education 123) — kanonische EN-Ausgaben wie oben aufgeführt; jede URL abgerufen und als live bestätigt am 2026-11-21 02:58 UTC.
3. EN-Hub-Index, konsultiert zur Überschneidungsauflösung: https://freechina.live/civic-education-100-questions/ (live; der ältere Hub-Pfad https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/ gab zum Zeitpunkt der Prüfung 404 zurück).

© 2026 Free China Movement · https://freechina.live · contact@freechina.live